



Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage zur schriftlichen Beantwortung

Abgeordnete Kristin Heiß (DIE LINKE)

Von der Landesregierung geschaffene Ausnahmen vom Transparenzbeschluss des Landtages

Kleine Anfrage - **KA 7/1537**

Vorbemerkung der Fragestellenden:

In der Drucksache 7/651 (Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage KA 7/267) führt die Landesregierung aus, dass sie Ausnahmen zum Transparenzbeschluss des Landtages festgelegt hat. Seit dem 20. Februar 2006 wurden demnach Verträge der NASA GmbH, sofern diese aus Regionalisierungsmitteln bezahlt wurden, nicht der Staatssekretärskonferenz und vermutlich auch nicht dem Landtag vorgelegt. Am 8. Mai 2006 stellte die Landesregierung ferner klar, dass anwaltschaftliche Beratungen sowie Beratungen zum Steuerrecht nicht unter den Transparenzbeschluss des Landtages (erstmalig LT-Drs. 4/51/1956 B) fallen.

Antwort der Landesregierung erstellt von der Staatskanzlei und Ministerium für Kultur

Vorbemerkung:

Die in der Vorbemerkung der Fragestellerin aufgeführten seitens der Landesregierung festgelegten Klarstellungen sind keine Ausnahmen vom Transparenzbeschluss des Landtages, sondern sie orientierten sich an den Vorgaben des unter der Drucksachennummer 4/51/195 B veröffentlichten Landtagsbeschlusses vom 16. Dezember 2004 bzw. der in diesem Zusammenhang festgelegten Definition des Ausschusses für Finanzen des Landtages von Sachsen-Anhalt (Anlage 2 zur Niederschrift über die 73. Sitzung des Ausschusses für Finanzen am 10. Februar 2005 - TOP 6).

Hinweis: Die Drucksache steht vollständig digital im Internet/Intranet zur Verfügung. Die Anlage ist in Word als Objekt beigefügt und öffnet durch Doppelklick den Acrobat Reader. Bei Bedarf kann Einsichtnahme in der Bibliothek des Landtages von Sachsen-Anhalt erfolgen oder die gedruckte Form abgefordert werden.

(Ausgegeben am 24.04.2018)

In der Staatssekretärskonferenz vom 20. Februar 2006 wurde festgelegt, dass von der NASA GmbH zu vergebene Leistungen jedenfalls insoweit nicht in der Staatssekretärskonferenz vorgelegt werden müssen, als diese vollständig aus Regionalisierungsmitteln bezahlt werden. Abgesehen davon, dass die NASA GmbH als juristische Person des Privatrechts kein Landesbetrieb im Sinne des Landtagsbeschlusses ist, liegt der Grund für die Ausnahme in der bereits erwähnten Begriffsdefinition des Finanzausschusses vom 10. Februar 2005, mit der festgelegt wurde, dass u. a. „fachspezifische Dienstleistungen wie Vermessungsaufträge, Planungsleistungen, Bauüberwachung u. ä. Gutachten und Studien“ von der Vorlagepflicht ausgenommen sind. Die Verträge, die aus Regionalisierungsmitteln bezahlt wurden, sind ausnahmslos fachspezifische Dienstleistungen, Gutachten und Studien. Die o. g. Festlegung der Staatssekretärskonferenz vom 20. Februar 2006 stellt demnach lediglich eine Klarstellung des o. g. Landtagsbeschlusses bzw. der Begriffsdefinition des Finanzausschusses vom 10. Februar 2005 dar.

Mit der Festlegung in der Staatssekretärskonferenz vom 8. Mai 2006 wurde lediglich aufgegriffen, dass anwaltschaftliche Beratungen und Beratungen zum Steuerrecht nicht unter den Landtagsbeschluss (LT-Drs. 4/51/1956 B) bzw. die o. g. Begriffsdefinition des Finanzausschusses vom 10. Februar 2005 fallen. In diesem Fall handelt es sich bei anwaltschaftlichen Beratungen um Rechtsdienstleistungen, die eine anwaltschaftliche Vertretung des Landes in einem nationalen Gerichtsverfahren oder die Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt in Vorbereitung auf ein solches Gerichtsverfahren betreffen. Anwaltschaftliche Beratungsleistungen, die bspw. juristische Prüfungen in Form einer Gutachtenerstellung, allgemeine Prüfungen der Erfolgsaussichten eines Verfahrens oder die Begleitung vergaberechtlicher Verfahren umfassen, waren nach allgemeiner Auffassung der Landesregierung weiterhin von der Vorlagepflicht erfasst.

Frage 1

Erfolgten diese von der Landesregierung getroffenen Festlegungen zum Transparenzbeschluss im Einvernehmen mit dem Landtag? Bitte begründen.

Da es sich nach Auffassung der Landesregierung bei den in der Vorbemerkung dargestellten Ausnahmeregelungen lediglich um Klarstellungen zur Begriffsdefinition des Finanzausschusses vom 10. Februar 2005 zum Transparenzbeschluss des Landtages und nicht um zusätzliche weiterführende Ausnahmeregelungen handelt, erfolgte keine diesbezügliche Abstimmung mit dem Landtag.

Frage 2

Falls kein Einvernehmen mit dem Landtag hergestellt wurde: Erfolgte eine Information des Landtages? Bitte begründen.

Siehe Antwort zu Frage 1.

Frage 3

Welche Gründe sprechen für die Ausnahme der Verträge der NASA GmbH als auch der Verträge zu anwaltschaftlicher und steuerrechtlicher Beratung vom Transparenzbeschluss des Landtages? Auf welcher Ebene innerhalb der Landesregierung wurde diese Festlegung getroffen?

Siehe Vorbemerkung der Landesregierung.

Frage 4

Welche Studien, Beraterverträge und Gutachten im Wert von über 20.000 Euro wurden seit dem 20. Februar 2006 durch die NASA GmbH ausgelöst? Bitte jeweils Auftragsgegenstand, Auftragswert, Auftragnehmer, Vergabeverfahren und Datum des Vertragsschlusses angeben.

In der Anlage 1 sind alle durch die NASA GmbH ausgelösten Studien, Beraterverträge und Gutachten mit einem Wert von über 20.000 EUR dargestellt. Die Finanzierung erfolgte aus Regionalisierungsmitteln.

Die unter lfd. Nr. 1 dargestellte Rechtsberatung im SPNV-Vergabeverfahren wurde mit Beantwortung der Frage 6 als anwaltliche Beratung auch in der Tabelle 2 erfasst.

Frage 5

Wurden die von der NASA vergebenen Aufträge (Bezug Frage Nr. 3) vor Vergabe mit dem zuständigen Ministerium und oder dem NASA-Aufsichtsrat kommuniziert? Auf welcher Ebene liegt die Entscheidungsbefugnis zur Vergabe der Aufträge?

Die von der NASA vergebenen Aufträge wurden vor Vergabe mit dem zuständigen Ministerium und dem NASA-Aufsichtsrat kommuniziert. Beauftragungen aus dem Treuhandbereich der NASA GmbH werden nach fachlicher Abstimmung mit dem für Verkehr zuständigen Ministerium vor Vergabe dem NASA-Aufsichtsrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Gemäß Geschäftsordnung für den Aufsichtsrat ist Nachfolgendes geregelt:

„Der Aufsichtsrat beschließt insbesondere über die im Gesellschaftsvertrag aufgeführten Zuständigkeiten sowie gemäß § 9 Abs. 3 des Gesellschaftsvertrages über folgende Angelegenheiten:

5. Vergabe von Gutachten und Planungsaufträgen, sofern sie den Betrag von 5.000 € ohne USt übersteigen;
7. die Einleitung von Rechtsstreitigkeiten der Gesellschaft von erheblicher Bedeutung oder wenn der Streitwert im Einzelfall 50.000 € ohne USt übersteigt. Gleiches gilt für die Fortführung (z. B. Berufungseinleitung) oder sonstige Beendigung (z. B. Klagerücknahme, Anerkenntnis) einer solchen Rechtsstreitigkeit. Unberührt hiervon bleibt die Pflicht zur Einleitung und Abwehr von Rechtsstreitigkeiten, soweit es die Sorgfalt gebietet;
14. Verträge mit dem Jahresabschlussprüfer über zusätzliche Beratungs- oder sonstige Dienstleistungen.“

Frage 6

Welche anwaltschaftlichen Beratungen mit einem Auftragswert von über 20.000 Euro hat die Landesregierung seit dem 8. Mai 2006 in Anspruch genommen? Bitte jeweils und getrennt nach Ressort mit Auftragswert, Auftragnehmer und Datum des Vertragsschlusses angeben.

Die Angaben sind der beigefügten Anlage 2 zu entnehmen. Es werden hierbei anwaltschaftliche Beratungsleistungen (Begleitung von Vergabeverfahren, juristische Prüfungen etc.) dargestellt. Rechtsdienstleistungen, die eine anwaltschaftliche Ver-

tretung des Landes in einem nationalen Gerichtsverfahren oder die Rechtsberatung durch einen Rechtsanwalt in Vorbereitung auf ein solches Gerichtsverfahren betreffen, wurden nicht erfasst.

Frage 7

Welche steuerrechtlichen Beratungen mit einem Auftragswert von über 20.000 Euro hat die Landesregierung seit dem 8. Mai 2006 in Anspruch genommen? Bitte jeweils und getrennt nach Ressort mit Auftragswert, Auftragnehmer und Datum des Vertragsschlusses angeben.

Es sind keine steuerrechtlichen Beratungen mit einem Auftragswert von über 20.000 Euro seit dem 8. Mai 2006 von der Landesregierung in Anspruch genommen worden.

Übersicht über Beratungsleistungen für die NASA GmbH (über 20.000 EUR)

lfd. Nr.	Leistung <small>(Gutachten, Studie, Beratervertrag)</small>	Auftragsgegenstand	Auftragswert <small>(netto in EUR)</small>	Auftragnehmer	Vergabeverfahren	Datum des Vertrags- abschlusses
1	Rechtsberatung	Externe Rechtsberatungsleistungen in dem SPNV-Vergabeverfahren MDSB II	26.868	Schumann Rechtsanwälte Partnergesellschaft (Stockmann)	freihändige Vergabe	13.11.2012
2	Gutachten	Fahrplanuntersuchung für ÖPNV-Plan (ITF Sachsen-Anhalt 2030)	157.143	DB Netz AG	freihändige Vergabe	16.07.2014
3	Gutachten	Evaluierung Verkehrsverbund marego, Bewertung Altmark, Bewertung Könnern	84.000	econex verkehrsconsult gmbh	öffentliche Ausschreibung	19.12.2013
4	Gutachten	Fahrplan- und Betriebskonzept Netz Nordharz	24.675	Institut für Regional- und Fernverkehrsplanung	öffentliche Ausschreibung	10.06.2011
5	Gutachten	Aufwendungen zur Fahrzeugfinanzierung	54.622	Investitionsbank	freihändige Vergabe	20.10.2011
6	Gutachten	Erstellung eines Gutachtens zur SPNV-Fahrzeugfinanzierung	37.387	K&L Gates	freihändige Vergabe	20.12.2011
7	Gutachten	Studie "Entwicklung von integrierten Fahrplankonzepten für die Bahnstrecke Halle - Halberstadt - Goslar - Hannover"	23.940	Pöyry Infra GmbH	freihändige Vergabe	21.01.2010
8	Gutachten	Erstellung einer Landesverkehrsprognose straßengebundener Verkehr (SGV)/öffentlicher Verkehr (ÖV) für das Land Sachsen-Anhalt für einen Prognosehorizont 2020/2030	67.500	Tramp GmbH	öffentliche Ausschreibung	12.08.2013
9	Gutachten	Einarbeitung aktueller Datensätze zur 6. Regionalisierten Bevölkerungsprognose, Straßenverkehrszählung 2015 und Bundesverkehrswegeplan 2030	24.700	Tramp GmbH	öffentliche Ausschreibung	05.09.2016
10	Gutachten	Umsetzung des Handlungskonzeptes nachhaltige Bevölkerungsentwicklung; Entwicklung eines verbesserten ÖPNV-Konzeptes für die Modellregion Bernburg	45.077	Tramp GmbH	öffentliche Ausschreibung	03.07.2014
11	Gutachten	Untersuchung zur Einführung elektrisch betriebener Linienbusse in Sachsen-Anhalt unter besonderer Berücksichtigung von Emissionen und Wirtschaftlichkeit	96.782	VCDB	öffentliche Ausschreibung	28.09.2015
12	Gutachten	Umsetzungsgutachten für den Standort Dessau-Roßlau	21.549	VCDB	öffentliche Ausschreibung	13.10.2015
13	Gutachten	Modellrechnung Verbundvorbereitung inkl. Grafikmodul, Plausibilisierung der Erhebungsdaten und zusätzliche Modellrechnung	81.022	mobilität Unternehmens- und Kommunalberatung GmbH	öffentliche Ausschreibung	10.04.2006 02.11.2006
14	Gutachten	Vertrag Revita - Übergreifendes und regionales fachliches Projektmanagement sowie Unterstützung bei Forschungs- und Entwicklungsaufgaben bei der Revitalisierung von kleinen und mittleren Bahnhöfen in Sachsen-Anhalt	190.975	Agentur Bahnstadt	öffentliche Ausschreibung	30.06.2006 15.05.2008
15	Gutachten	Fortschreibung Landesverkehrsprognose bis 2015/2025	32.081	Tramp GmbH	öffentliche Ausschreibung	10.04.2008
16	Studie	Durchführung von Verkehrserhebungen bei DB Regio, Veolia und Vetter sowie auf Buslinien im Raum Dessau-Bitterfeld-Wittenberg	40.578	econex verkehrsconsult GmbH	öffentliche Ausschreibung	07.08.2012
17	Studie	Verkehrserhebungen im Gebiet des Verkehrsverbundes marego sowie angrenzenden Gebiete - Durchführung der Fahrgastbefragungen und -zählungen	410.787	econex verkehrsconsult GmbH	öffentliche Ausschreibung	28.12.2012
18	Studie	Gutachterleistungen Evaluierung Verkehrsverbund marego	84.000	econex verkehrsconsult GmbH	öffentliche Ausschreibung	17.12.2013
19	Studie	Verkehrserhebungen im Gebiet des Verkehrsverbundes marego sowie angrenzenden Gebiete - Durchführung der Fahrgastbefragungen und -zählungen	665.105	VCDB VerkehrsConsult Dresden-Berlin GmbH	öffentliche Ausschreibung	28.12.2012

lfd. Nr.	Leistung (Gutachten, Studie, Beratervertrag)	Auftragsgegenstand	Auftragswert (netto in EUR)	Auftragnehmer	Vergabeverfahren	Datum des Vertrags- abschlusses
20	Studie	Verkehrserhebungen im Gebiet des Verkehrsverbundes marego sowie angrenzenden Gebiete - Durchführung der Fahrgastbefragungen und -zählungen - Leistungsergänzung	65.323	VCDB VerkehrsConsult Dresden-Berlin GmbH	öffentliche Ausschreibung	14.02.2014
21	Studie	Verkehrserhebungen im Gebiet des Verkehrsverbundes marego sowie angrenzenden Gebiete - Durchführung der Fahrgastbefragungen und -zählungen	659.200	PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner Dr. Günzel, Salzwedel und Graf Partnergesellschaft	öffentliche Ausschreibung	28.12.2012
22	Studie	Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von Verkehrserhebungen in den Zügen der DB Regio AG und der Elbe-Saale-Bahn sowie auf Buslinien des ÖPNV-Landesnetzes im Frühjahr 2010	34.451	PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner Dr. Günzel, Salzwedel und Graf Partnergesellschaft	öffentliche Ausschreibung	02.01.2010
23	Studie	Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von Verkehrserhebungen in den Zügen der DB Regio AG und der Elbe-Saale-Bahn im Herbst 2010	24.543	PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner Dr. Günzel, Salzwedel und Graf Partnergesellschaft	öffentliche Ausschreibung	15.09.2010
24	Studie	Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von Verkehrserhebungen im SPNV und in Buslinien des ÖPNV-Landesnetzes LSA - Burgenlandbahn	57.811	PROZIV Verkehrs- und Regionalplaner Dr. Günzel, Salzwedel und Graf Partnergesellschaft	öffentliche Ausschreibung	15.08.2014
25	Studie	Rahmenvertrag Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von Verkehrs- und Qualitätserhebungen im Land Sachsen-Anhalt	38.924	Omniphon GmbH	öffentliche Ausschreibung	27.05.2010
26	Studie	Projektsteuerung, Datenverarbeitung und Hochrechnung der "Verkehrserhebung im Gebiet des Verkehrsverbundes marego sowie angrenzenden Gebiete"	228.600	Omniphon GmbH, Umbenennung in Omnitrend GmbH/Intrapan Consult GmbH	öffentliche Ausschreibung	15.09.2012
27	Studie	Projektsteuerung, Datenverarbeitung und Hochrechnung der "Verkehrserhebung im Gebiet des Verkehrsverbundes marego sowie angrenzenden Gebiete" - Zusatzleistung	21.300	Omniphon GmbH, Umbenennung in Omnitrend GmbH/Intrapan Consult GmbH	öffentliche Ausschreibung	09.10.2013
28	Studie	Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von Verkehrszählungen in den Zügen der DB Regio AG sowie Hochrechnung der erhobenen Daten - Referenzerhebung RE 1 und RE 7	78.298	GVS Gesellschaft für Verkehrsberatung und Systemplanung mbH	öffentliche Ausschreibung	15.12.2011
29	Studie	Durchführung von Verkehrserhebungen bei DB Regio, Burgenlandbahn und Bussen im südlichen Sachsen-Anhalt	52.357	Ing.-gruppe IVV GmbH	öffentliche Ausschreibung	20.06.2011
30	Studie	Ermittlung des Erlösanspruches aus der Anwendung des BB DB-Tarifs im Elektronetz Nord (ENORM) und im HEX 4 Halle-Goslar unter Anwendung eines kontinuierlichen Erhebungsverfahrens	110.396	Intrapan Consult GmbH/Omnitrend GmbH	öffentliche Ausschreibung	23.06.2015
31	Studie	Einzelauftrag Verkehrserhebung SPNV-Dieselnetz und Buslinien Altmark und Börde	35.500	ISUP GmbH	öffentliche Ausschreibung	20.07.2016
32	Studie	Fahrplanunterlagen und DB Netz-Testat Dieselnetz Sachsen-Anhalt - Ergebnisdarstellung	33.646	Institut für Regional- und Fernverkehrsplanung (iRFP)	freihändige Vergabe	11.04.2014
33	Studie	Verkehrsbefragung "Mobilität in Städten - SrV 2013" in Sachsen-Anhalt	46.416	Technische Universität Dresden	Direktvergabe	15.05.2012
34	Studie	Unterstützung bei Erstellung Rahmenplanung zur Einführung und Nutzung Intelligenter Verkehrs-/Transportsysteme (IVS/IST) für das Straßennetz und den ÖPNV in Sachsen-Anhalt	160.400	pwp - systems GmbH, ifak - Institut für Automation und Kommunikation e. V. Magdeburg	öffentliche Ausschreibung	28.12.2010
35	Studie	Durchführung einer Kundenbefragung zu den Themen Elektromobilität und neue Mobilitätskonzepte	27.216	Omnitrend GmbH	beschränkt	26.11.2014
36	Studie	Vorbereitung, Durchführung und Überwachung von Verkehrserhebungen SPNV südliches Sachsen-Anhalt	31.550	Ing-Büro Dipl.-Ing. Vössing GmbH	öffentliche Ausschreibung	28.06./02.07.2007
37	Studie	Studie zur Untersuchung des nördlichen und südlichen Bahnhofsumfeldes in der Stadt Weißenfels	22.100	Saleg GmbH	Direktvergabe	16.02./20.02.2009
38	Studie	Erhebung Zustand der Barrierefreiheit in Sachsen-Anhalt	42.855	Abisa e. V.	Direktvergabe	31.07.2007

lfd. Nr.	Leistung (Gutachten, Studie, Beratervertrag)	Auftragsgegenstand	Auftragswert (netto in EUR)	Auftragnehmer	Vergabeverfahren	Datum des Vertrags- abschlusses
39	Studie	Verkehrserhebung SPNV im südlichen Sachsen-Anhalt	35.649	ISUP GmbH	öffentliche Ausschreibung	21./25.07.2008
40	Studie	Forschungs- und Entwicklungsvorhabens ‚Mobilität in Städten – SrV 2008‘	29.356	TU Dresden	Direktvergabe	27.03./12.03.2008
41	Studie	Erfassung des Zustandes der SPNV Schieneninfrastruktur des DB Netz AG im Land Sachsen-Anhalt im Vergleich zum Stand 1996 und 2008	94.900	Railistics	öffentliche Ausschreibung	10.03.2008
42	Beratervertrag	Dienstvertrag über Agenturleistungen zur Durchführung und Weiterentwicklung einer Dachmarke im ÖPNV-Landesnetz des Landes Sachsen-Anhalt	2.028.000	Agenta Werbeagentur GmbH	öffentliche Ausschreibung	04.02.2011
43	Beratervertrag	Vertrag über Agenturleistungen zur Durchführung und Weiterentwicklung einer Dachmarke im ÖPNV-Landesnetz des Landes Sachsen-Anhalt Los 1	2.136.000	Agenta Werbeagentur GmbH	öffentliche Ausschreibung	13.02.2015
44	Beratervertrag	Koordination des gemeinsamen Antrags der Bundesländer Sachsen-Anhalt und Thüringen im Rahmen der Bewerbung "Schaufenster Elektromobilität"	41.820	Institut für Automation und Kommunikation e. V. Magdeburg (ifak)	freihändige Vergabe	20.07.2012

Übersicht über anwaltschaftliche Beratungen (über 20.000 EUR)

Ressort	lfd. Nr. (je Ressort)	Auftragswert (netto / in EUR)	Auftragnehmer	Datum des Vertrags- abschlusses	Datum Finanz- ausschuss	Information zum Finanzausschuss
MF	1	53.724	Hölters & Elsing	12.06.2006		Aufgrund des Prinzips der Diskontinuität bestand vom 24.04.2006 bis zum 11.08.2009 (Beschlussrealisierung, LT-Drs. 5/2124) kein Einwilligungsvorbehalt des FIN für Beraterverträge und Gutachten.
MF	2	129.410	Rechtsanwälte Orrick, Hölters & Elsing	26.09.2007		Aufgrund des Prinzips der Diskontinuität bestand vom 24.04.2006 bis zum 11.08.2009 (Beschlussrealisierung, LT-Drs. 5/2124) kein Einwilligungsvorbehalt des FIN für Beraterverträge und Gutachten.
MF	3	610.000	Ernst & Young Corporate Finance Beratung GmbH und Luther Rechtsanwaltsgesellschaft mbH	13.03.2008		Zustimmung im Rahmen der Erörterungen des HHG 2005/2006, Epl. 13 Kapitel 1320 Titel 133 04 (2008: Vertragsanpassung); Aufgrund des Prinzips der Diskontinuität bestand vom 24.04.2006 bis zum 11.08.2009 (Beschlussrealisierung, LT-Drs. 5/2124) kein Einwilligungsvorbehalt des FIN für Beraterverträge und Gutachten.
MF	4	219.894	DK Consult + White & Case UP	06.02.2008	29.11.2007	Zustimmung im Rahmen der Erörterungen des HHG 2008/2009, Epl. 51 Kapitel 51 32 Titel 133 01
MF	5	49.000	Heuking Kühn Lüer Wojtek	24.06.2009		Aufgrund des Prinzips der Diskontinuität bestand vom 24.04.2006 bis zum 11.08.2009 (Beschlussrealisierung, LT-Drs. 5/2124) kein Einwilligungsvorbehalt des FIN für Beraterverträge und Gutachten.
MF	6	186.975	Rauschenbach & Kollegen Wirtschaftsprüfungsgesellschaft- Steuerberatungsgesellschaft-Architekten- Rechtsanwälte	07.12.2011	04.11.2011	Einwilligung in den beabsichtigten Abschluss des Vertrages zur Vorbereitung der EU-weiten Ausschreibung für die Investorenlösung zum Neubau Finanzamt Halle mit einem Auftragsvolumen von 222 500 Euro (brutto) mit dem Büro Rauschenbach & Kollegen GmbH
MF	7	454.000	Beiten Burkhardt	15.03.2011		Erläuterung im HHPI. unter Kapitel 19 03, Titel 533 63: "Für die komplexen technisch sowie vergaberechtlich höchst anspruchsvollen Feinkonzepte und Verdingungsunterlagen ist eine externe Unterstützung mit entsprechendem ... und juristischen Profil unabdingbar."
MF	8	24.500	Rechtsanwaltskanzlei Grünhagen Kanzlei für öffentliche Aufträge Berlin	03.07.2017	07.06.2017	Nach der Unterrichtung der Staatssekretärskonferenz am 29.05.2017 hat der FIN in die Auftragsvergabe in seiner Sitzung am 07.06.2017 eingewilligt.
MI	1	40.000	Dr. Jürgen Brandt, Burgkernitz; Bevollmächtigter für die Landessportschule Osterburg	13.12.2011	28.11.2011	Kosten für Tätigkeit und Abschlussbericht, Umsetzung einer Forderung des Landtages. Der Ausschuss für Finanzen hat am 21.09.2011 die Einsetzung eines Bevollmächtigten beschlossen und am 28.11.2011 dem Vertragsabschluss zugestimmt.
MI	2	41.000	Müller-Wrede & Partner, Berlin	09.07.2012	09.05.2012	Beratung europaweite Ausschreibung der Zulassung zum Betrieb öffentlicher Spielbanken in Sachsen-Anhalt
MLV	1	53.622	GVP infraconsult Bremen	22.11.2013		Hier erfolgte eine Nachtragsprüfung für einen Ingenieurvertrag. Diese Leistung kann nicht an die BÜ/BOL vergeben werden, da ihr eigener Nachtrag/Vertrag zu prüfen ist. Dieser Vertrag an GVP ist vom Einwilligungsvorbehalt des Finanzausschuss ausgenommen, da es sich um eine fachspezifische Dienstleistung im Rahmen der Bauüberwachung handelt.

Ressort	lfd. Nr. (je Ressort)	Auftragswert (netto / in EUR)	Auftragnehmer	Datum des Vertrags- abschlusses	Datum Finanz- ausschuss	Information zum Finanzausschuss
MLV	2	25.470	Finck Althaus Sigl & Partner	07.04.2014		Der Vertrag wurde aufgrund einer baumaßnahmespezifischen Anfrage seitens des BRH geschlossen. Dieser Vertrag ist vom Einwilligungsvorbehalt des Finanzausschuss ausgenommen, da es sich um eine fachspezifische Dienstleistung im Rahmen der Bauabwicklung handelt.
MLV	3	28.181	Beiten Burkhardt Rechtsanwälts-gesellschaft mbH, Berlin	13./21.9.2016	19.04.2017	Der Ausschuss für Finanzen hat der Vergabe der Beratungsleistung im Zug der Ausschreibung einer Konzession zur Beseitigung von Ölverunreinigungen auf Verkehrsflächen der Landesstraßenbaubehörde zugestimmt.
MLV	4	26.868	Schumann Rechtsanwälte Partnergesellschaft (Stockmann)	13.11.2012		In der Drucksache 7/651 (Antwort der Landesregierung auf die Kleine Anfrage KA 7/267) führt die Landesregierung aus, dass sie Ausnahmen zum Transparenzbeschluss des Landtages festgelegt hat. Seit dem 20. Februar 2006 wurden demnach Verträge der NASA GmbH, sofern diese aus Regionalisierungsmitteln bezahlt wurden, nicht der Staatssekretärskonferenz und auch nicht dem Landtag vorgelegt. Vorliegend handelt es sich um Regionalisierungsmittel.
MULE	1	20.400	Rechtsanwälte Redeker / Sellner / Dahs (Dr. Fellenberg, Prof. Dr. Schink)	24.10.2014		Das Vorhaben des LVwA wurde seinerzeit unter den Ausnahmetatbestand der anwaltlichen Vertretung subsumiert und ist demnach nicht in der Sts-Konf. und dem Finanzausschuss behandelt bzw. gemeldet worden. Das Vorhaben wurde ggü. dem LRH im Rahmen der Prüfung von Gutachten, Beratungsleistungen, Studien und sonstigen personenbezogenen Leistungen 2014 bis 2016 (Teil II) mit Datum vom 03.02.2017 entsprechend angezeigt.